

Die sog. ‚Abraham Accords‘ (2020) – und was sie uns angehen

Versuch einer Einordnung

Stefan Jakob Wimmer

Die Abkommen und ihr Kontext

Wir erinnern uns: Am 15. September 2020 ging ein Bild durch die Welt, das mit gutem Grund als „historisch“ bezeichnet werden konnte und wurde: Vor dem Weißen Haus in Washington und den vier Fahnen der beteiligten Länder hatte US-Präsident Donald Trump Regierungsvertreter aus Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und des Königreichs Bahrain versammelt, um Friedensabkommen zu unterzeichnen. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu stand zur Rechten des US-Präsidenten, zu dessen Linken stand Abdullah Âl Nahyan, der Außenminister der VAE, und rechts von Netanjahu, mit etwas Abstand, Abdullatif az-Zayani, der Außenminister Bahrains. Sie halten ein einseitiges Dokument in die Kameras: *The Abraham Accords Declaration*.¹

Das Bild klingt an vorangegangene Friedensschlüsse vor ähnlicher Kulisse an. Am 26.3.1979 hatte Präsident Jimmy Carter mit Premierminister Menachem Begin und dem ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat die Unterzeichnung der Camp-David-Abkommen vermittelt. Am 13.9.1993 reichten sich Premierminister Yitzhak Rabin und PLO-Chef Yassir Arafat vor Präsident Bill Clinton die Hand zu den Oslo-Abkommen. Am 26.10.1994 folgte der Friedensschluss mit Jordanien, von König Hussein, Yitzhak Rabin und ebenfalls Präsident Clinton im Garten des Weißen Hauses unterzeichnet. Dann aber mussten viele Jahre vergehen, bis eine vergleichbare Inszenierung zu verzeichnen war.

Wobei genauen Beobachtern auffiel, dass es bei den vorangegangenen Zeremonien die ranghöchsten Vertreter der arabischen Partner waren (der ägyptische Präsident, der jordanische König und der höchste Repräsentant der Palästinenser), die sich zur Unterzeichnung in Washington einfanden. Im Falle der *Abraham Accords* stuften die VAE und Bahrain mit ihrem jeweiligen Außenminister protokollarisch das Geschehen gegenüber dem israelischen

¹ Das Dokument, das bei der Unterzeichnung in die Kameras gehalten wird, enthält drei Unterschriften (Trump, Netanjahu und Âl Nahyan, die von az-Zayani fehlt), die später veröffentlichte Version alle vier Unterschriften.

Regierungschef und dem amerikanischen Präsidenten, zweifellos bewusst, niedriger ein.

Neben der gemeinsam unterzeichneten Erklärung (*Abraham Accords Declaration*) wurden gleichzeitig zwei separate und sehr viel umfangreichere Friedensverträge bzw. -erklärungen² abgeschlossen:

Zwischen Israel und den VAE das

Abraham Accords Peace Agreement: Treaty of Peace, Diplomatic Relations and Full Normalization Between the United Arab Emirates and the State of Israel

und zwischen Israel und Bahrain die

Abraham Accords: Declaration of Peace, Cooperation, and Constructive Diplomatic and Friendly Relations.

Es folgte dann, noch im selben Jahr, eine Vereinbarung mit dem Königreich Marokko: Das Israel-Morocco Agreement wurde am 10.12.2020 von Präsident Trump verkündet, und am 22.12. wurde eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, mit der „volle diplomatische, friedliche und freundschaftliche Beziehungen“ angestrebt wurden. Die Unterzeichnung fand diesmal nicht in Washington, sondern in der marokkanischen Hauptstadt Rabat statt, ohne öffentliche Zeremonie. Aus Israel war dazu lediglich der nationale Sicherheitsberater Meir Ben Shabbat und aus den USA der Nahostbeauftragte Jared Kushner vor Ort. Ergänzend wurden mehrere einzelne Abkommen auf Ministerebene vereinbart.

Als vierter Staat, der mit Israel die Abraham-Abkommen geschlossen habe, wird der Sudan genannt. Hier wurde noch am 23.10.2020 bei einem gemeinsamen Telefonat zwischen Donald Trump, Benjamin Netanjahu, dem sudanesischen General und de-facto-Präsidenten Abdel-Fattah Burhan und dem sudanesischen Premierminister Abdallah Hamdok vereinbart, ein Normalisierungsabkommen anzustreben. Am 6.1.2021 unterzeichnete die sudanesische Regierung in Khartum, im Beisein von US-Finanzminister Steven Manuchin, die *Abraham Accords Declaration*. Zwei Jahre später, am 3.2.2023, verkündeten Israel und der Sudan eine Einigung auf die angestrebte Normalisierungserklärung, die noch im selben Jahr in Washington unterzeichnet werden sollte. Mit dem im April 2023 ausgebrochenen Bürgerkrieg setzte der Prozess aus.

² Völkerrechtlich ist die Bezeichnung *Treaty of Peace* ungeeignet, da die VAE und Israel keine Kriege gegeneinander geführt haben. *Declaration of Peace*, wie beim Abkommen mit Bahrain, ist stimmiger. Trotz dieser Unterscheidung wird die Wahrnehmung vermittelt, dass Israel nun weitere Friedensverträge mit arabischen Ländern erreicht hätte.

Somit unterhalten aktuell (Sommer 2024) fünf arabische Staaten diplomatische Beziehungen zu Israel: Ägypten (seit 1979), Jordanien (seit 1994), VAE, Bahrain und Marokko im Zuge der *Abraham Accords* (2020).

Offiziell und de facto sind die Beziehungen der arabischen Staaten³ zu Israel unterschiedlich gestaltet. Die Islamische Republik Mauretanien hatte Israel 1999 offiziell anerkannt, infolge des Gazakrieges 2008/09 die Anerkennung aber widerrufen. Marokko unterhält schon seit vielen Jahren unterhalb der diplomatischen Ebene vergleichsweise entspannte Beziehungen zu Israel. Der damalige Ministerpräsident Shimon Peres war dort 1986 von König Hassan II. zu einem Besuch empfangen worden. Mit Tunesien entwickelten sich infolge des Oslo-Friedensprozesses ähnlich entspannte, inoffizielle Beziehungen, die sich aber infolge der Gazakriege zunehmend verschärft haben. Seit dem jüngsten Gazakrieg sollen Kontakte jeder Art zu Israelis dort nun unter Strafe gestellt werden. Das Sultanat Oman hat 2018 eine offizielle israelische Delegation unter Leitung von Premierminister Netanjahu empfangen. Das in vielen Konflikten inoffiziell um Vermittlung bemühte Land unterhält auch zu Israel seit Langem Gesprächsverbindungen. Im Emirat Qatar, das sich auch offiziell wiederholt um Vermittlung zwischen Konfliktgegnern (wie z.B. USA und Taliban) bemüht, bestand eine israelische Handelsmission, bis sie, ebenfalls als Reaktion auf den Gazakrieg 2008/09 geschlossen wurde. Dass Qatar Mitgliedern der „ Hamas“-Führung ermöglichte, sich dort niederzulassen, geschah 2012 auf Ersuchen der USA, um eine Kommunikation mit der Gruppe zu vereinfachen. Die finanzielle Unterstützung Qatars für „ Hamas“ in Gaza, seit 2018, geschah bis zum 7. Oktober 2023 in Absprache und mit Billigung der israelischen Regierungen. Aktuell macht Qatar seine Beziehungen zu „ Hamas“ von einer Einigung auf ein Abkommen zur Freilassung der Geiseln und Beendigung des Krieges in Gaza abhängig, um dessen Vermittlung es sich seit Oktober bemüht.

Gute Beziehungen zu Israel hat die Kurdische Autonomieregion im Norden des Irak auf verschiedenen Ebenen unterhalten, was inzwischen von der irakischen Gesamtregierung in Bagdad versucht wird zu unterbinden. Außerhalb Kurdistans sind im Irak Kontakte zu Israel streng verboten.

Mit dem Königreich Saudi-Arabien erwarteten Beobachter vor dem 7. Oktober die Anbahnung diplomatischer Beziehungen – ein Umstand, den einige sogar in ursächlichen Zusammenhang mit der Terrorinvasion der „ Hamas“ bringen.

³ Die Arabische Liga zählt derzeit 22 Mitgliedsstaaten, einschließlich Palästina, ohne die von Marokko annektierte Republik Sahara.

2020 kündigte Präsident Trump, nach dem Abschluss der *Abraham Accords* an, dass Kuwait das nächste arabische Land sein werde, das Israel anerkennen werde. Daraufhin erklärte die kuwaitische Regierung, Kuwait werde das letzte arabische Land sein, das Israel anerkennen würde.

Zu den Staaten, die kompromisslos jede Annäherung an Israel verweigern, gehören Libanon⁴, von wo aus die „Hizbollah“-Miliz Israel beständig attackiert, Syrien, das die Rückgabe der von Israel annektierten Golanhöhen verlangt, aber auch entfernter liegende Staaten wie Libyen, Algerien, Jemen, und natürlich Iran, außerhalb der Arabischen Welt.

Das *Abraham Accords Institute* in Berlin und das bisher Erreichte

Angeregt durch den Besuch des israelischen Staatspräsidenten Yitzhak Herzog im September 2022 in Berlin wurde dort das *Abraham Accords Institute for Peace and Regional Integration GmbH* (aai-germany.eu) gegründet, das sich ein Jahr später, zum 3. Jahrestag der Abraham-Abkommen mit Staatsministerin Claudia Roth und den Botschaftern Ron Prosor (Israel), Ahmed Allatar (VAE), Abdulla Abdullatif (Bahrain) und Zohour Alaoui (Marokko) öffentlich präsentierte. Das Institut wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert und von Ministerpräsident a.D. Armin Laschet als Vorsitzendem geleitet.

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2023 organisierte das AAI-Germany zusammen mit der *Konferenz Europäischer Rabbiner* (*Council of European Rabbis* CER, mit Sitz in München) und dem *Institute for the Freedom of Faith & Security* (IFFSE, einem von der *Konferenz Europäischer Rabbiner* initiierten Think-Tank in München und Brüssel) als Seitenveranstaltung ein Panel zum Thema „Neue Perspektiven auf interkulturelle Beziehungen und regionale Integration im Nahen Osten“. Es beteiligten sich Rabbi Pinchas Goldschmidt, Präsident des CER, Armin Laschet für das *Abraham Accords Institute*, der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant, Mariam al-Mheiri, Ministerin für Klimaschutz und Umwelt der VAE und Shaikh Abdulla Âl Khalifa, Staatssekretär für politische Angelegenheiten von Bahrain.⁵

⁴ Nach der israelischen Invasion hatte die libanesische Regierung 1983 einen Friedensvertrag mit Israel unterzeichnet, der aber am Veto des libanesischen Parlaments scheiterte und annulliert wurde.

⁵ Eine Dokumentation der Veranstaltung ist über das *Abraham Accords Institute* verfügbar: <https://www.aai-germany.eu/publikationen> (zuletzt aufger. 4.8.2024).

Das *Abraham Accords Institute* hat zusammen mit dem *European Leadership Network (ELNET) Deutschland e.V.* (Berlin)⁶ die Informationsbroschüre „Drei Jahre Abraham-Abkommen: Fortschritte & Perspektiven“ herausgegeben.⁷ Darin werden Bereiche wie „Wirtschaft und Handel“ thematisiert: Hier wird u.a. die geographische Nähe von Marokko zu Europa, die Bedeutung der Häfen der VAE für den Handel mit Indien und China und das Potential des Hafens von Haifa für den Landtransport um Syrien herum in Richtung Golfländer benannt. „Klima und Energie“: Es wird auf multilaterale Umweltinitiativen, unter Einbeziehung weiterer Länder hingewiesen, z.B. auf das Negev-Forum unter Einschluss Ägyptens.

„Sicherheit und Verteidigung“: Die im Text erwähnte Lieferung amerikanischer F35-Kampffjets an die VAE, die von dort seit langem erhofft worden war, war im Vorfeld des Abschlusses der Abraham-Abkommen von Präsident Trump zugesagt worden. In Israel wurde dieser Schritt kontrovers diskutiert, weil damit die militärische Überlegenheit Israels in der Region, in diesem Bereich, in Frage gestellt wurde. Im Zusammenhang mit den militärischen Aspekten der *Abraham Accords* wird die Annäherung der Länder häufig als gegen Iran gerichtetes Bündnis eingeordnet. Dabei wird u.a. auf eine Aussage von Benjamin Netanjahu bei einer von den USA und Polen im Februar 2019 in Warschau einberufenen Nahostkonferenz verwiesen, der erklärte: „Was wichtig bei diesem Treffen ist, und das ist nicht geheim, weil es viele davon gibt – ist, dass es ein offenes Treffen mit Vertretern führender arabischer Länder ist, die sich zusammen mit Israel hinsetzen, um unser gemeinsames Anliegen eines Krieges gegen den Iran voranzubringen.“⁸

2016 hatten Saudi-Arabien, Bahrain und der Sudan die diplomatischen Beziehungen zum Iran abgebrochen, die VAE und Kuwait schränkten sie ein. Als Saudi-Arabien und der Iran im Februar 2023 überraschend die

⁶ ELNET wurde 2007 gegründet und arbeitet, nach eigenen Angaben, „unabhängig und parteiübergreifend“, „als Denkfabrik und Netzwerk im Kontext der europäisch-israelischen Beziehungen“ (Broschüre „Drei Jahre Abraham-Abkommen“, S. 15). Lt. Wikipedia wurde ELNET als „pro-Israel advocacy group“ gegründet, mit dem Ziel „to counter ‘widespread criticism of Israel in Europe’“ (<https://en.wikipedia.org/wiki/ELNET>, zuletzt aufger. 4.8.2024).

⁷ Verfügbar über: <https://www.aai-germany.eu/publikationen> (zuletzt aufger. 4.8.2024).

⁸ Vgl. z.B. *Frankfurter Rundschau* v. 14.2.2019 („Netanjahu verwirrt mit Äußerungen über ‚Krieg mit dem Iran‘“), www.fr.de/politik/netanjahu-sorgt-aeusserung-ueber-krieg-iran-wirbel-11764465.html (zuletzt aufger. 4.8.2024). Die von Netanjahu dabei so gebrauchte Formulierung („eines Krieges gegen den Iran“, hebr. מלחמה באיראן) wurde in der amtlichen Version nachträglich verändert zu „einer Bekämpfung des Irans“ (engl. „combating Iran“); *The Times of Israel* v. 13.2.2029 „Netanyahu’s staff scrambles after he speaks of ‚war against Iran‘“, <https://www.timesofisrael.com/translation-blunder-by-pms-staff-has-him-ostensibly-calling-for-war-with-iran> (zuletzt aufger. 4.8.2024).

Wiederaufnahme der Beziehungen ankündigten, löste das in Israel Irritation aus.

Zum politischen Hintergrund der Abkommen ist auch darauf verwiesen worden, dass die USA den Sudan im Gegenzug von ihrer Liste Terror unterstützender Staaten strichen. Marokko, das in den Konflikt um regionale Vorherrschaft zwischen Saudi-Arabien und Iran kaum involviert ist, wurde von den USA die Anerkennung der Annexion der West-Sahara (von Marokko 1976 besetzte „Demokratische Arabische Republik Sahara“) zugesagt, was eine Vergrößerung des marokkanischen Staatsgebiets um über 60% bedeutet.

Zum Bereich „Zivilgesellschaft im Austausch“, den die Broschüre an den Beginn setzt, wird dargestellt, dass im Jahr 2022 (nach den von Corona geprägten Jahren 2020 und 2021) 470.000 Touristen von Israel nach Marokko, VAE und Bahrain gereist sind. In der Gegenrichtung waren es 4.900 Besucher – wiewohl zusammen fast 50 Mio. Einwohner (Marokko 37,5 Mio., VAE 9,5 Mio., Bahrain 1,5 Mio.) den 9,5 Mio. Einwohnern Israels gegenüberstehen. Nach „Tourismus“ wird für den Bereich „Wissenschaft“ auf „mehrere gemeinsame Forschungsvorhaben“ verwiesen.

Als Drittes folgt dann „Interreligiöser Austausch“. Hier wird eingeleitet: „Abraham kommt sowohl im Judentum, Christentum als auch im Islam eine wichtige Rolle zu. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen hat entsprechend zu einem neuen Dialog zwischen den Religionen der Region geführt.“ (S. 4) Belegt wird dies, als „beeindruckendes Beispiel der neuen Toleranz“, mit dem 2023 eröffneten *Abrahamic Family House* in Abu Dhabi.

Weiter wird verwiesen auf „erste Schritte“ durch den marokkanischen König Mohammed VI., „um die Beziehungen zur jüdischen Diaspora mit neuem Leben zu füllen. So wurde in Essaouira ein Denkmal für das friedliche Zusammenleben von Juden und Muslimen errichtet. Das jüdische Viertel Mellah der Stadt soll mit öffentlichen Mitteln restauriert werden.“ (S. 4).

Allerdings besteht in Marokko eine lange Tradition guter Beziehungen zwischen Muslimen und Juden. Die jüdische Minderheit war dort, anders als in vielen arabischen Ländern, nicht benachteiligt und konnte auch in jüngster Zeit selbst höchste Staatsämter ausüben – schon lange vor und unabhängig von den *Abraham Accords*.

Das oben angesprochene *Abrahamic Family House* – ein neu errichteter Komplex aus Moschee, Kirche und Synagoge, die nach Ahmed Al-Tayeb, dem

Großimam der Al-Azhar-Moschee in Kairo, Papst Franziskus und dem mittelalterlichen Gelehrten Moses ben Maimon (Maimonides) benannt wurden – beeindruckt architektonisch und konzeptionell. Tatsächlich haben sich in Abu Dhabi und in Dubai auch neue jüdische Gemeinden etabliert, mit koscherer Versorgung, Unterricht und diversen Institutionen. Das war allerdings schon einige Jahre vor den Abraham-Abkommen der Fall.⁹

Auch die Initiative zum *Abrahamic Family House* selbst hat mit den *Abraham Accords* nichts zu tun. Sie geht zurück auf die Begegnung von Papst Franziskus mit Großimam Ahmed Al-Tayeb, der als höchste Autorität der sunnitisch-islamischen Welt gilt, 2019 in Abu Dhabi. Beide unterzeichneten dort die sog. „Erklärung von Abu Dhabi“: das „Dokument über die Geschwisterlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“¹⁰, das sich gegen Fanatismus, Extremismus und Gewalt und für eine Kultur des gegenseitigen Respekts als Handlungsgrundlage des interreligiösen Dialogs ausspricht. Das Datum der Unterzeichnung, der 4. Februar, inspirierte eine UN-Resolution zur Einführung eines „internationalen Tages der menschlichen Geschwisterlichkeit“.¹¹

Dass für die Abkommen plakativ eine Berufung auf Abraham im Namen gewählt wurde, darf freilich als äußerst geschickter Zug bewertet werden. Tatsächlich spielt, wie sich zeigt, ein interreligiöses Interesse bei den Akteuren eine, wenn überhaupt, nur nachgeordnete Rolle. Da Abraham im Judentum und im Islam, mehr noch als im Christentum, eine geradezu konstitutive Identifikationsfigur darstellt, mag dabei der Versuch eine Rolle spielen, potentiellen Widerständen seitens fundamentalistisch gesinnter Gläubiger sozusagen präventiv zu entgegnen. Gleichzeitig dürfte auch die von der Trump-Regierung sicherlich erhoffte Wirkung auf evangelikale Strömungen und Wähler in den USA mit der (quasi) religiösen Verpackung seiner Nahostpolitik nicht zu unterschätzen sein.¹²

⁹ Rabbi Levi Duchman, der als „Oberrabbiner der VAE“ vor Ort lebt, gibt an, dass er die Gemeinden seit 2014 aufgebaut habe; *Jewish News Syndicate* v. 4.10.2022 („Meet the rabbi who made it possible to live a Jewish life in the UAE“), <https://www.jns.org/meet-the-rabbi-who-made-it-possible-to-live-a-jewish-life-in-the-uae> (zuletzt aufger. 4.8.2024).

¹⁰ https://www.vatican.va/content/francesco/de/travels/2019/outside/documents/papa-francesco_20190204_documento-fratellanza-umana.html (zuletzt aufger. 4.8.2024).

¹¹

https://de.wikipedia.org/wiki/Dokument_%C3%BCber_die_Br%C3%BCderlichkeit_aller_Menschen_f%C3%BCr_ein_friedliches_Zusammenleben_in_der_Welt (zuletzt aufger. 4.8.2024).

¹² Vgl. z.B. die Darstellung auf *Trinity Broadcasting Network*: „The Abraham Accords: Witness history unfold, prophecy fulfilled & hope arise“, <https://www.tbn.org/programs/abraham-accords> (zuletzt aufger. 4.8.2024).

Vorausgegangen: der „Deal of the century“ und der Kern des Problems

Zur Einordnung der *Abraham Accords* und ihrer Folgen ist der Blick auf eine unmittelbar vorausgegangene Initiative zum Israel-Palästina-Konflikt unerlässlich. Als *Trump Peace Plan* wurde die lange zuvor von Präsident Trump als „deal of the century“ angekündigte, vom Nahostbeauftragten Jared Kushner ausgearbeitete und Anfang 2020 bekannt gegebene Vereinbarung *Peace to Prosperity: A Vision to Improve the Lives of the Palestinian and Israeli People*¹³ bekannt. Ausgehandelt wurde der Plan zwischen der Trump-Administration und der israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu – ohne Einbeziehung der Palästinenser in den Prozess. Präsident Trump stellte den Plan zusammen mit Premierminister Netanjahu am 28.1.2020 im Weißen Haus vor. Trump erklärte den Zuhörerenden, nachdem er ausführlich aus seiner Sicht und von den Anwesenden bejubelt über die Errungenschaften seiner Regierung zugunsten des Staates Israel referiert hatte: „There is a lot of spirit in this room, true; you don’t see it often. – Therefore, it is only reasonable that I have to do a lot for the Palestinians, or just wouldn’t be fair. Now, don’t clap for that, okay, but it’s true, just wouldn’t be fair. (...) After seventy years of little progress, this could be the last opportunity they will ever have. (...) We’ll never have a team like we have right now. We have a team of people that love the United States, and they love Israel, and they are very smart and very, very committed (...)“.¹⁴ Die Zeremonie, die aus Sicht von Palästinensern als so noch nie gekannte Demütigung durch die Arroganz der Mächtigen empfunden werden musste, endete heiter mit dem Song „What a wonderful world“.

Tatsächlich erklärte Premierminister Netanjahu dazu: „Wenn sie (die Palästinenser) alle Bedingungen akzeptieren, dann wird Israel bereit sein, über Frieden zu verhandeln.“¹⁵ Zur Voraussetzung für Friedensverhandlungen wurde also im voraus die Zustimmung zu allen Punkten durch die in der Ausarbeitung des Plans nicht einbezogenen Palästinenser gemacht. Die israelische Tageszeitung Haaretz titelte dazu am 27.1.2020: „Trump’s ‘Deal of the Century’ Was Written in a Way So the Palestinians Would Reject It. Maybe That Was the

¹³ <https://trumpwhitehouse.archives.gov/peacetoprosperty> (zuletzt aufger. 4.8.2024). – Tatsächlich wird hier nicht, wie zu erwarten wäre, der Plural „peoples“ verwendet, sondern das Wort „people“ im Singular. Da im Sprachgebrauch der israelischen Regierung die Existenz eines palästinensischen Volkes nicht anerkannt wird, ist von „palästinensischen und israelischen Menschen“ die Rede, nicht von einem „palästinensischen und israelischen Volk“.

¹⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=tgoAloiTjQk> (zuletzt aufger. 4.8.2024).

¹⁵ *Süddeutsche Zeitung* v. 29.1.2020 („Trumps Nahost-Plan: Kann der US-Präsident den Konflikt entschärfen? Oder macht er alles schlimmer?“).

Plan“, und noch deutlicher am 28.1.2020: „Trump’s Mideast Plan is a Recipe for War, Not Peace“.

Der Plan sah einen aus fragmentierten Teilen der Westbank, dem Gazastreifen und zwei zusätzlichen Territorien in der Negev-Wüste an der ägyptischen Grenze zusammengesetzten „future State of Palestine“ vor.¹⁶ Noch in derselben Pressekonferenz erklärte Premierminister Netanjahu, dass die Annexion der israelischen Siedlungen in der Westbank („Judäa und Samaria“) sowie des Jordantals sofort vollzogen werden würde. Bei dieser Ankündigung fühlte sich Präsident Trump offenbar übergangen und erklärte später: „I got angry and I stopped it because that was really going too far.“¹⁷

Der Plan wurde nicht umgesetzt. Die weltweiten Reaktionen waren aber geprägt von Sorge um die Folgen für den Frieden in der Region. Viele Stimmen erkannten ein totales Versagen Europas (bzw. der EU), das sich in das Zustandekommen des Plans nicht einbrachte, nun aber auch nicht entschlossen darauf reagierte – wie es etwa mit einer formalen Anerkennung der Palästinensischen Autonomiebehörde als „Staat Palästina“ denkbar gewesen wäre.¹⁸ In zahlreichen Kommentaren war die Rede von der Verantwortung der Regierungen Trumps und Netanjahus für die Gewalt, die absehbar aus diesem Vorgehen gegen die Palästinenser resultieren würde.

In Israel verlor Netanjahu bei den Wahlen vom Februar 2021 seine Macht. Eine neue Regierung wurde im Juni mit Naftali Bennet als Premierminister gebildet, der das Amt absprachegemäß im Juli 2022 an Yair Lapid übergab. Dessen Regierung scheiterte, nach Neuwahlen im November bildete Benjamin Netanjahu am 29.12.2022 erneut eine Regierung.

Ab Januar 2023 erlebte die israelische Zivilgesellschaft eine alle anderen Themen überlagernde Spaltung mit Blick auf den von der neuen, extrem rechts ausgerichteten Regierung Netanjahus beabsichtigten Umbau des Rechtssystems. Weite Teile der Bevölkerung, die darin eine Bedrohung der Demokratie und des Rechtsstaates sahen, reagierten mit anhaltenden

¹⁶ https://en.wikipedia.org/wiki/Trump_peace_plan (zuletzt aufger. 4.8.2024).

¹⁷ *The Times of Israel* v. 11.12.2021 („Trump: I thought Israelis would do anything for peace, but I found that not to be true“), <https://www.timesofisrael.com/trump-i-thought-israelis-would-do-anything-for-peace-but-found-that-not-to-be-true> (zuletzt aufger. 4.8.2024).

¹⁸ Aktuell wird der Staat Palästina von 145 der 193 UNO-Mitgliedsstaaten anerkannt (darunter sind 11 EU-Länder); der Staat Israel wird derzeit von 162 UNO-Mitgliedsstaaten anerkannt (darunter sind alle 27 EU-Länder).

Massendemonstrationen. Der Konflikt mit den Palästinensern wurde aber auch dabei, wenn überhaupt, nur peripher thematisiert.

Was geht es uns an?

In den Ländern der sog. MENA-Region¹⁹ herrscht, wie ebenfalls in der genannten Broschüre dargestellte Umfrageergebnisse deutlich zeigen, weit überwiegend eine negative Meinung zu den *Abraham Accords* vor („Drei Jahre Abraham-Abkommen“ S. 12). Laut Wikipedia wird dies besonders mit fehlenden Fortschritten für die Situation der Palästinenser begründet.²⁰ Das amerikanische State Department erklärte im Februar 2021, man werde daran festhalten, weitere Staaten zu einer Normalisierung der Beziehungen zu Israel zu drängen. Die Administration unter Präsident Joe Biden verwendet anstelle von *Abraham Accords* die Bezeichnung „Normalisierungsprozess“. Eine solche Normalisierung könne kein Ersatz für Frieden zwischen Israel und den Palästinensern sein. Alle Beteiligten sollten „contribute to tangible progress towards the goal of advancing a negotiated peace between Israelis and Palestinians.“²¹

Für Europa diagnostizierte eine ELNET-Umfrage dagegen „Unterstützung der Abraham-Abkommen: 85 Prozent der teilnehmenden Abgeordnete [des Europäischen Parlaments] wollen aktiv weitere Abkommen zwischen Israel und arabischen/muslimischen Ländern fördern. Europaweit stimmen 77 Prozent der Parlamentarier dafür, dass die Abraham-Abkommen als wirksamer Rahmen genutzt werden sollten, um arabische Länder bei der Friedensvermittlung und dem Wiederaufbauprozess einzubeziehen. In Deutschland liegt dieser Anteil bei 80 Prozent.“²²

In seiner Einleitung zur genannten Broschüre (S. 1f.) notiert der CEO ENLET Deutschland, Carsten Ovens, mit Bezug auf „die jüngsten Angriffe der Terrororganisation Hamas auf Israel und das steigende Risiko eines regionalen Konflikts“, es sei „entscheidend, dass Europa – bisher eher Beobachter als Akteur – sich nun stärker einbringt, um diesen Friedensprozess (eine durch die *Abraham Accords* „entfachte Dynamik der Normalisierung im Nahen Osten“) zu unterstützen. Der Vorsitzende des *Abraham Accords* Institute Armin Laschet konstatiert in seinem Grußwort (S. 2) im selben Kontext, dass „noch längst nicht

¹⁹ Die gebräuchliche englische Abkürzung steht für „Middle East and North Africa“.

²⁰ https://en.wikipedia.org/wiki/Abraham_Accords (> Aftermath; zuletzt aufger. 4.8.2024).

²¹ wie Fn. 19.

²² <https://elnet-deutschland.de/themen/the-israel-survey-2024-deutschland-ausgabe> (24.6.2024; zuletzt aufger. 4.8.2024).

alle Teile der arabischen Gesellschaften den Visionen von Frieden und Koexistenz folgen. (...) Darum ist es wichtig, dass Deutschland und die Europäische Union diesen Prozess gerade jetzt unterstützen.“

In geradezu erschreckender Deutlichkeit fällt hier auf, dass selbst nach dem 7. Oktober 2023 in diesen beiden Stellungnahmen mit keinem Wort der Israel-Palästina-Konflikt als Kernfrage angesprochen wird. Von den *Abraham Accords* in Wirklichkeit nicht loszulösen sind die Demütigungen, die Palästinenser wiederholt und verstärkt in den Jahren der Unterstützung durch Trump für Israel unter Netanjahu erlebten. Netanjahu vermittelte an Israels Unterstützer und besonders an seine Wähler die von diesen goutierte Botschaft, dass eine Normalisierung mit der Arabischen Welt ohne jedes Zugeständnis an palästinensische Interessen erfolgreich auf dem Wege sei. Von einem „palästinensischen Volk“ sprach die Regierung Netanjahu ja bereits nicht mehr, ein palästinensischer Staat wurde von ihr ausdrücklich negiert, und vor dem Hintergrund der Abkommen konnte nun auch die Existenz einer mit der Besatzung und Entrechtung der Palästinenser verbundenen Problematik scheinbar ausgeblendet werden.

Dass die Terrorinvasion der „ Hamas“ nicht ohne diesen Kontext eingeordnet werden kann, liegt auf der Hand. Eine solche Kausalität als einen wesentlichen Faktor – wenn auch sicherlich nicht den einzigen – zu begreifen, ist eine logische Voraussetzung, um konstruktive Perspektiven für den Israel-Palästina-Konflikt und die Region zu begründen.

Es sei hier auch daran erinnert, dass die viel zitierte deutsche Staatsräson von Bundeskanzlerin Merkel, am 18.3.2008 vor der Knesset in Jerusalem, ausdrücklich auf die „Sicherheit Israels“ bezogen wurde: „Diese historische Verantwortung ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben. Deutschland setzt gemeinsam mit seinen Partnern auf eine diplomatische Lösung.“²³ Dass Israels Sicherheit auf Dauer einzig und allein durch eine auf friedlichem Wege erreichte, gerechte Lösung des Konflikts mit den Palästinensern erreicht werden kann, hat eben gerade der 7. Oktober mit entsetzlicher Wucht unübersehbar gemacht.

²³ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-796170> (zuletzt aufger. 4.8.2024).

Indem dies aber mit den *Abraham Accords* zu verdrängen und auszublenden versucht wurde, kommt den Abkommen auch ein maßgeblicher Anteil an der Entwicklung, die zum 7. Oktober 2023 geführt hat, zu. Die Terrorinvasion der „ Hamas“ hat das Selbstverständnis Israels als sicheren Ort für jüdische Menschen ins Wanken gebracht, Tod und Leid in unvorstellbarem Ausmaß über jüdische und in der Folge auch palästinensische Menschen gebracht und die Region an den Abgrund eines apokalyptischen Krieges geführt. Die *Abraham Accords* haben damit auf unheilvolle Weise zum Gegenteil dessen beigetragen, was ihre Befürworter bewirken wollten – indem sie den Israel-Palästina-Konflikt nicht einmal beim Namen genannt haben.

Diese Fehlentwicklungen haben aber nicht nur Auswirkungen auf die Region selbst, sondern weltweit. Auch konkret in Deutschland haben sich seit dem 7. Oktober 2023 tiefe Gräben aufgetan, mit explosionsartig angewachsenem Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Die Verweigerung des interreligiösen Dialogs durch einen Teil der maßgeblichen Institutionen gefährdet akut das gesellschaftliche Miteinander.²⁴ Hier sind nun nüchterne Analysen der Realitäten, selbstkritische Lernprozesse und Anstrengungen für tragfähige Zukunftsperspektiven gefragt, in Deutschland und international.²⁵ Nicht die Verdrängung und Umgehung des Israel-Palästina-Konflikts, sondern der Einsatz aller Anstrengungen auf dessen friedliche, gerechte Lösung können die Visionen wahr werden lassen, die mit den *Abraham Accords* als bloße Fata Morgana vorgespiegelt werden.

²⁴ Vgl. z.B. *Süddeutsche Zeitung* v. 28.3.2024 („Das große Schweigen nach dem Terror“), <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/muenchen/muenchen-nahostkonflikt-juden-muslime-schweigen-e054248> (zuletzt aufger. 4.8.2024).

²⁵ Zu empfehlen scheinen mir hier z.B. schon die frühe Analyse des Holocaustforschers Omer Bartov, „Der Angriff der Hamas und Israels Krieg in Gaza“ (18.12.2023), <https://www.boell.de/de/2023/12/18/der-angriff-der-hamas-und-israels-krieg-gaza> (zuletzt aufger. 4.8.2024) und des Theologen Ottmar Fuchs, „Nicht ‚ja-aber‘, sondern ‚und‘!“ (23.5.2024), <https://www.feinschwarz.net/nicht-ja-aber-sondern-und> (zuletzt aufger. 4.8.2024). Von mir für die Gesellschaft Freunde Abrahams verfasst wurde „7. Oktober und der Gaza-Krieg. Eine Handreichung zum Verständnis und Empfehlung zum Umgang mit den Auswirkungen in München für Schulen, Verwaltung, Gemeinden“, <https://www.freunde-abrahams.de/7-oktober-2023-und-der-gazakrieg-eine-handreichung> (zuletzt aufger. 4.8.2024), die u.a. in *Compass. Infodienst für christlich-jüdische und deutsch-israelische Tagesthemen im Web* (Nr. 347, Mai 2024) und *Jewish Christian Relations* des ICCJ (1.5.2024) übernommen wurde.

Abbildungen:

Die *Abraham Accords Declaration*

(Quelle: Wikipedia, gemeinfrei)

Unterzeichnung der *Abraham Accords* in Washington, 15.9.2020

(Quelle: Wikipedia, gemeinfrei)